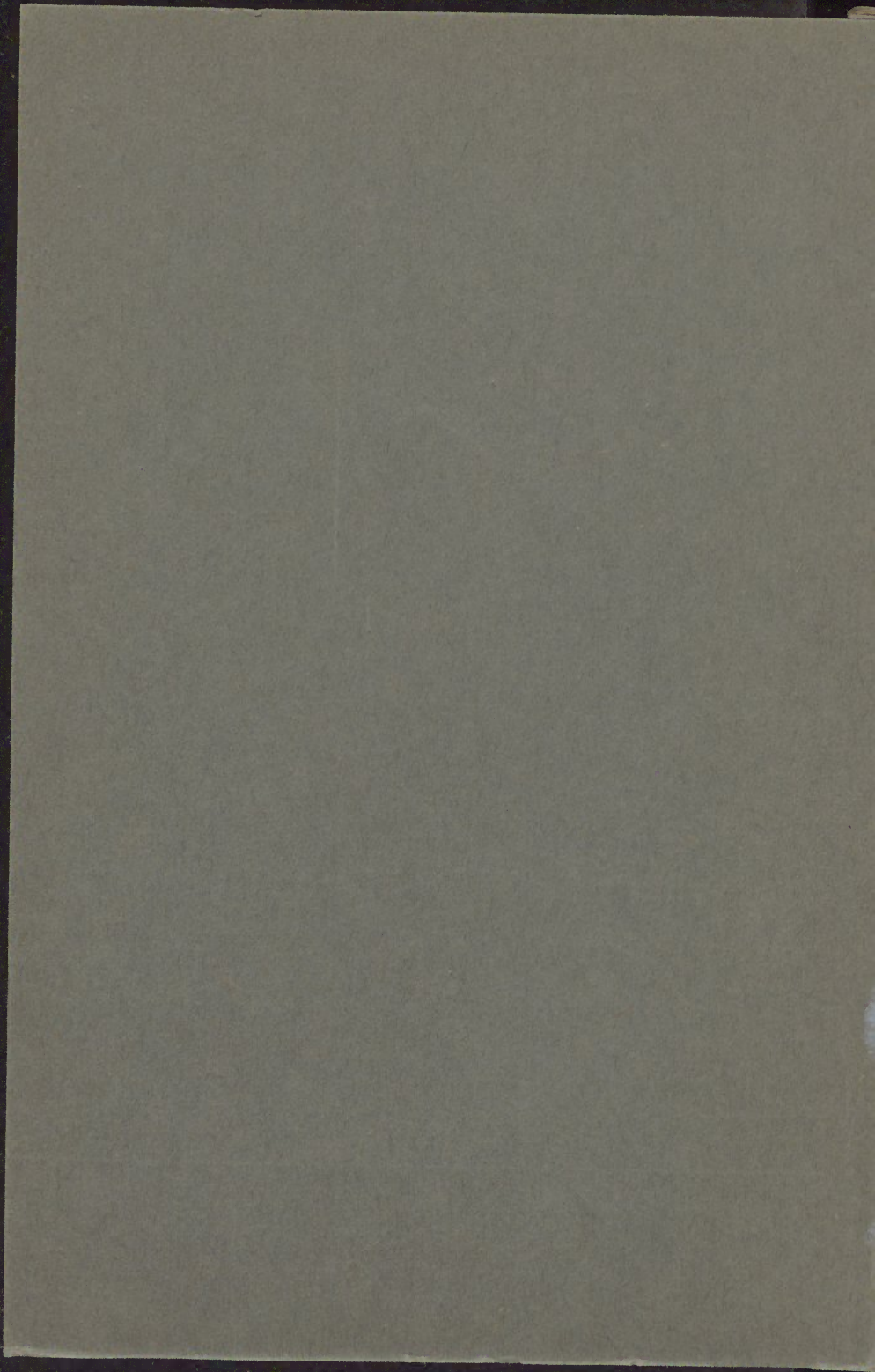


**Bibliothek
des Instituts für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel**

Signatur

A. 9676



V. 206
74

Die

Arbeiter - Invalidenkasse

vor dem Reichstage.

III. 4

Von

Cornelius F. Heyl,

Mitglied der ersten Kammer der Gr. Hessischen Landstände.

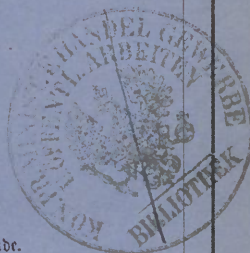
14797



Berlin, 1879.

Puttkammer & Mühlbrecht,

Buchhandlung für Staats- und Rechtswissenschaft.

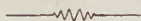


Am

Die

Arbeiter = Invalidenkasse

vor dem Reichstage.



Die

Arbeiter-Invalidenkasse

vor dem Reichstage.

Von

Cornelius W. Heyl,

Mitglied der ersten Kammer der Gr. Hessischen Landstände.



Berlin, 1879.

Puttkammer & Mühlbrecht,
Buchhandlung für Staats- und Rechtswissenschaft.



Die nachfolgende, durch einen Vortrag veranlaßte Arbeit, welche nicht den Anspruch erheben will, die schwierige Frage in erschöpfender Weise zu behandeln, widmet den Arbeitern seiner Fabriken

Worms, im Februar 1879.

Der Verfasser.

glaubte. Wir waren verurtheilt, es zu erleben, daß das Denkvermögen von Hunderttausenden deutscher Landsleute durch die Agitation heuchlerischer Phrasenhelden auf einen so unglaublich tiefen Stand heruntergedrückt werden konnte, daß jene Verführten die unseren Vorfahren und uns bis dahin als heilig erschienenen, mühsam errungenen Güter: „Religion, nationale Existenz, Ehe, Eigenthum“ als abscheuliche Erfindungen der Kapitalisten betrachteten und ein Hirngespinnst zu ihrem Götzen erhoben, welches man in lärmender, prahlerischer Weise in Wirthshäusern und Volksversammlungen anbetete.

Das Sozialistengesetz hat wie ein kräftiges Desinfektionsmittel die Miasmen zerstört, welche aus Hunderten von Blättern täglich ausströmten und den Volksorganismus zu vernichten im Begriffe standen. Die Luft ist rein geworden; die hervorgerufene Krankheit des Körpers zu heilen, ist die Aufgabe, welche jetzt an alle Bürger des Landes und an die Gesetzgebung herantritt.

An einen Erfolg bei Lösung derselben ist aber nur dann zu denken, wenn die erste, bei jedem vernünftigen Heilverfahren zu berücksichtigende Regel, das Maßhalten in der Anwendung von Mitteln, nicht außer Acht gelassen wird.

In hohem Grade bedauerlich ist es aus diesem Grunde, daß sich eine große Zahl sonst tüchtiger und umsichtig geleiteter Zeitungen für berufen hält, in jede neue Nummer neue Projekte für die Hebung des Arbeiterstandes aufnehmen zu müssen; auf diese Art schießt man über das Ziel hinaus.

Aus der Unzahl von Projekten heraus das Richtige, Praktische, das Nöthigste zu greifen, das scheint uns deshalb die nächste Aufgabe aller derjenigen zu sein, welche sich für die Hebung des Wohles des Arbeiterstandes in irgend einer Weise thatkräftig bemühen.

Ein von dem Abgeordneten Stumm im Reichstage eingebrachter, mit zahlreichen Unterschriften versehener Antrag, welcher die Forderung stellt, daß von Reichswegen Arbeiter-Invaliden-

kassen errichtet und organisiert werden sollen, scheint uns nach dieser Seite hin das Richtige getroffen zu haben. Dem Arbeiterstande kann wirksam nur geholfen werden durch den Aufbau eines rationellen Versicherungswesens. —

Der Unterschied zwischen wohlhabend und unbemittelt liegt, wie v. Hermann treffend nachweist, in der Sicherheit und Unsicherheit des Einkommens. Nichts fördert die Unzufriedenheit des Arbeiterstandes mehr, als das Gefühl der Unsicherheit der Existenz. Wo die Hilfe bei natürlichen, unverschuldeten Nothständen fehlt, stellt sich Verzweiflung, Unglück und Sittenlosigkeit ein.

Das schmerzliche Bewußtsein, daß für die Zukunft nicht gesorgt ist, vernichtet den Familiensinn, fördert Gleichgiltigkeit und Trägheit zu Tage. Brentano sagt mit Recht:

„Die Gegenseitigkeit der Unterstützung der Arbeiter ist ihr Kapital, das ihnen Hilfe in Noth, Selbständigkeit und Unabhängigkeit gibt.“

Aus der Thatsache, daß die Freiheit der Arbeit nur auf der Selbstverantwortlichkeit des Individuums aufgebaut werden konnte, zieht man in vielen Fällen, in welchen Mittel- und Hilfslose der Armenpflege anheimfallen, den falschen Schluß auf die Unrichtigkeit dieses Prinzips der heutigen Wirthschaftsordnung, während vielmehr darauf hingewiesen werden müßte, daß hier noch eine Lücke besteht, welche ausgefüllt werden kann durch den Aufbau einer rationellen Arbeiterversicherungs-Organisation.

Die erste Frage, welche sich bei der Betrachtung über die praktische Durchführbarkeit solcher Maßnahmen aufwirft, ist denn zunächst auch diejenige, ob die Selbstverantwortlichkeit des Individuums so weit zu fassen ist, daß man unter derselben nicht nur vorbeugende, die Zukunft sichernde Leistungen, sondern auch die Pflicht einbegreift, für die Erfindung der für dieselben nöthigen Form und Grundlage thätig zu sein, oder aber, ob man dem Staate nach der letzteren Seite hin die Aufgabe der Mithilfe vindiziren soll.

Die Antwort hierauf läßt sich in sicherster Weise durch eine eingehende Betrachtung über die auf diesem Gebiete schon gemachten Errungenschaften gewinnen. Immerhin lassen sich aus den gründlichsten Erfahrungen, selbst aus Thatfachen, welche auf bestimmte Richtungen hinweisen, zu den verschiedenartigsten Zielen hinführende Schlüsse ziehen. In Deutschland ist die Gewohnheit vorherrschend, aus gewonnenen Erfahrungen abstrakte Begriffe nach den Gesetzen der Logik abzuleiten und diese alsdann als die wirksamsten Rezepte anzupreisen. Vorschläge aber, welche in rascher Weise wirken sollen, müssen der Lage der Verhältnisse, dem Bildungszustande und den Bedürfnissen derjenigen Menschen angepaßt werden, für welche dieselben bestimmt sind. Anderenfalls verfällt man in Ungeheuerlichkeiten, welche, wenn auch vor den Gesetzen der Logik zu rechtfertigen, doch dem Fluche der Lächerlichkeit anheimfallen, wie beispielsweise die Vorschläge eines berühmten freihändlerischen Professors in England, welcher vor kurzer Zeit eine Agitation gegen die beantragte Staatshilfe zur Linderung der Hungersnoth in Indien nur deshalb inszenirte, weil durch die Staatshilfe auch in diesem Falle das Gesetz des Angebotes und der Nachfrage und das mit demselben zusammenhängende, das Gefühl der Selbstverantwortlichkeit schärfende, erzieherische Moment verletzt werden würde.

Zur genaueren Untersuchung der Frage, ob Versicherungsverbände für die Arbeiter in der That so wichtig sind, wie vorher hervorgehoben, und um die Klarstellung der weiteren Frage zu ermöglichen, in welcher Weise sich der Staat solchen Organisationen gegenüber zu verhalten hat, ist es nöthig, in das uns zu Gebote stehende Material tiefer einzudringen.

Die geschichtlichen Ueberlieferungen, welche uns aus den Institutionen des jüdischen Staates, der römischen und späteren christlichen Zeit zu Gebote stehen, stellen die Thatfache fest, daß

die freiwillige Armenpflege niemals im Stande war, das im öffentlichen Interesse unbedingt Nothwendige zu leisten.

Schon mit den ersten Anfängen eines geordneteren Staatswesens stellte sich für das letztere die ernste Pflicht heraus, im Interesse der öffentlichen Sicherheit der Armenpflege die nöthige Aufmerksamkeit zu Theil werden zu lassen. Hierauf bezügliche, sehr durchdachte Bestimmungen sind in den mosaischen Gesetzen enthalten. Dieselben regeln den Begriff der Armuth und geben dem nach dem Gesetze wirklich Armen ein Recht auf Unterstützung. Arm ist Jeder, welcher weniger als $1\frac{1}{15}$ Loth Silber besitzt. Solchen Armen wird das Recht der Ausbeute der sogenannten Ackerreden, der Nachlese u. s. w. zugesprochen, Bezüge, welche einer auf den Grundbesitz gelegten Armensteuer von etwa 1,6 pCt. entsprochen haben sollen.

Diese aus der mosaischen Eigenthumsrechtslehre entnommenen Vorschriften gingen in den Ideenkreis der ältesten Kirchenväter über und waren die Grundlage für die Auslegungen der Kirche bis zu der Zeit der Reformation. Der Bischof nahm die Armensteuer im Namen Gottes entgegen und war nur diesem Rechenschaft über die Verwendung der Gelder schuldig.

Je mehr sich späterhin in der christlichen Lehre der Glaubenssatz in den Vordergrund drängte, daß man die Almosen seiner eigenen Sünden willen zu geben hätte — die schwersten derselben konnten durch solche Gaben gesühnt werden — in desto stärkeren Strömen floß das Geld in die Kassen der Kirche, in welchen sich das sogenannte *patrimonium pauperum* (Armen-eigenthum) aufhäufte. Durch die wachsende Prachtliebe des Klerus stellten sich in der Kirche selbst indessen nach und nach so große Geldbedürfnisse heraus, daß das *patrimonium pauperum* seiner eigentlichen Bestimmung immer mehr entfremdet wurde und zwar in so weitgehender Weise, daß Vorschriften über die Vertheilung erlassen werden mußten; fortan sollten $\frac{1}{4}$ der Armengelder dem Bischof, $\frac{1}{4}$ dem Klerus, $\frac{1}{4}$ dem Kultus und der Rest den Armen zugewiesen werden.

Diese subsidiäre Beihilfe der Kirche reichte indessen nach keiner Richtung hin aus; das öffentliche Bedürfnis drängte nach einer besseren Regelung hin, welche auf dem Konzil von Tours im Jahre 567 in dem dort aufgestellten Grundsatz, daß neben der Kirche die Städte und Ortschaften die Pflicht, für ihre Armen zu sorgen, zu übernehmen hätten, gefunden wurde. Dieser Beschluß blieb die Grundlage für die Entwicklung unserer ganzen modernen Armenpflege.

In Deutschland gab die Kirche, veranlaßt durch die Entstehung der Zünfte, ihren Beruf für die Armenpflege allmählig auf. Die Stadt, welche den Zünften das ausschließliche Recht auf Arbeit innerhalb ihrer Bannmeile in Mysterlehen übertrug, verpflichtete dieselben zugleich zu der Unterstützung ihrer Angehörigen und begründete in solcher Weise das auf Gegenseitigkeit beruhende Versicherungswesen, welchem die Zünfte ihrerseits wieder durch die Gründung großer Spitäler ein festes Fundament zu geben suchten.

Die weltliche Organisation der Armenpflege wurde durch die Aufhebung der Klöster zur Zeit der Reformation gefördert.

Luther machte selbst dahingehende Vorschläge. Er schrieb im Jahre 1523 folgende Vorrede zur Ordnung des gemeinen Kasten zu Leisnig:

„Alle Armenpflege ist Sache der weltlichen Gemeinde, aber im engsten Zusammenhange mit den Kirchenfinanzen und ganz von ethisch-religiöser Grundlage ausgehend. Niemand darf Betteln. Die arbeitsfähigen Armen sollen arbeiten oder angewiesen, die arbeitsunfähigen versorgt, die armen Kinder in Schule und Handwerk unterrichtet werden. Reicht der Kasten nicht aus, so haben die Gemeindeglieder durch Besteuerung das Fehlende zu ersetzen.“

Auch auf die katholisch gebliebenen deutschen Länder übten diese Vorgänge einen wesentlichen Einfluß aus. Die Armenpflege wird allerwärts Aufgabe der Gemeinden und bleibt es auch bis zur Proklamirung des preussischen Landrechtes.

Das Landrecht der Hohenzollern, welche letztere in der Vermehrung der Aufgaben des Staates eine Förderung für das Gedeihen desselben erkannten, überliefert endlich die Armenpflege den Händen des Staates. § 1 in Titel 19, Theil VI desselben lautet:

„Dem Staate kommt es zu, für die Ernährung und Verpflegung derjenigen Bürger zu sorgen, die sich ihren Unterhalt nicht selbst verschaffen und denselben auch von anderen Privatpersonen, welche nach besonderen Gesetzen dazu verpflichtet sind, nicht erhalten können.“

Trug die Fähigkeit der großen Herrscher auf dem Throne Preußens, die Umgestaltung der historisch-rechtlichen Ueberlieferungen nach den Ansprüchen des 18. und 19. Jahrhunderts mit fester Hand zu leiten und zu vollenden, in erster Linie zu den riesenhaften Erfolgen bei, welche dieselben für sich und die deutsche Nation errungen haben, so bleibt nicht minder anzuerkennen, daß ihnen die Gabe verliehen war, mit fester Hand und zäher Willenskraft da festzuhalten, wo die Entwicklung zur Ueberstürzung drängte.

So geschah es auch, als die Zünfte zusammenbrachen, die Hörigkeit ihr Ende nehmen mußte.

Die Zünfte ließ man fallen, die durch sie begründeten Versicherungsorganisationen für die Genossen aber hielt man fest. Man erkannte deren Werth und die Möglichkeit ihrer Fortentwicklung nach den Bedürfnissen der neuen Zeit.

Die auf diese Weise entstandenen preußischen Zwangskassen für gewerbliche Arbeiter, welchen auch die Arbeitgeber tributpflichtig gemacht waren, überdauerten alle Angriffe bis in die neueste Zeit hinein und bildeten den Ausgangspunkt für die Gesetzgebung des Reiches auf dem Gebiete des Arbeiterversicherungswesens, mit welcher im Jahre 1876 ein ernster Anfang gemacht worden ist.

In Preußen hatte man umsomehr Ursache, an der Versicherungspflicht der Arbeitgeber und Arbeiter zu Gunsten der letzteren festzuhalten, als man mit den durch staatliche Anregung geschaffenen Zwangskassen der Knappschaftsvereine die schönsten



Erfolge erzielt und durch dieselben ein Verhältniß zwischen Werkbesitzern und Arbeitern begründet hatte, welches bei dem Herannahen der großen Arbeiterbewegung die Aufmerksamkeit von allen Seiten her auf sich zog.

Die endlosen Debatten, welche seit den 70er Jahren über die Frage der nützlichsten Form der Arbeiterversicherung geführt wurden, fanden naturgemäßer Weise stets ihren Ausgangspunkt in diesen bestehenden Verhältnissen und gerade diejenigen, welche diese Ueberlieferungen am lebhaftesten zu bekämpfen suchten, lenkten, wenn auch in unabsichtlicher Weise, die Aufmerksamkeit der sachverständigen Beobachter auch auf die guten Seiten derselben hin. Die große Mehrheit des deutschen Reichstages sanctionirte durch das Reichsgesetz vom Jahre 1876 das wichtige Prinzip der Versicherungspflicht, vorläufig für Gesellen, Gehilfen und Fabrikarbeiter zum Zwecke der Krankenunterstützung, unter Festhaltung an der Beitragspflicht der Arbeitgeber.

Alle Mahnrufe derjenigen, welche englische Einrichtungen auf deutschen Boden verpflanzen oder das Recht für sich in Anspruch nehmen wollten, die Vertreter derjenigen Wirthschaftswissenschaft zu sein, welche die Gesetze des Naturrechtes zu ihrer reinsten Entwicklung führen sollte, wurden überhört und damit in Deutschland ein neuer Weg in selbständiger Weise betreten, auf welchem noch manche Verbesserungen für unsere gesellschaftlichen Verhältnisse aufgesucht werden müssen und aufgefunden werden können.

Wie schon im Eingange vorausgeschickt wurde, hat sich nach Beseitigung der sozialistischen Wühlerei allerwärts das Bestreben vermehrt, die für die Sicherstellung der Existenz des Arbeiterstandes bereits bestehenden Einrichtungen durch neue zu ergänzen und wirksamer zu gestalten.

An Vorschlägen hat es nicht gefehlt, leider ist die Zahl derselben, wie wir uns schon erlaubten zu bemerken, eine allzu-

große; an das wirkliche Bedürfnis treten nach unserem Ermessen nur diejenigen heran, welche sich mit dem Ausbau des Versicherungswesens auf Gegenseitigkeit beschäftigen.

Selbst unter den letzteren aber ist eine Einigung über die zu diesem Zwecke einzuschlagenden Wege schwer zu erzielen.

Zugegeben wird von allen Seiten, daß das Reichsgesetz über Hilfskassen vom Jahre 1876 im wesentlichen nur ein Prinzip sanktioniert, im Uebrigen aber die Interessen des Arbeiterstandes in direkter Weise wenig gefördert hat, indem der Versicherungszwang, welcher einer gewissen Klasse von Arbeitern (Gesellen, Gehilfen und Fabrikarbeiter über 16 Jahre) durch Ortsstatut von den Gemeinden auferlegt werden kann, einen rein lokalen Charakter trägt.

Die großen Schwächen solcher Kassen sind leicht zu erkennen.

Die Zahl derjenigen, welche in einer selbst größeren Stadt in eine solche Kasse einzutreten gezwungen werden können, ist niemals groß genug, um eine rationelle Grundlage für die Berechnung der Prämien und Ausgleichung des Risikos zu bilden.

Der durch den raschen Auf- und Niedergang und die beständige Veränderung im gewerblichen Leben bedingte Wechsel der Arbeiter von Ort zu Ort verursacht für die letzteren die größten Verluste, welche dadurch entstehen, daß die alten Chancen verloren gehen und neue durch das fortschreitende Alter stets nur durch höhere Prämien bei dem Eintritt erworben werden können. In Folge dessen müssen allertwärts auch die jüngeren Mitglieder zu hoch besteuert werden.

Brentano weist nach, daß in Breslau in Folge von Arbeitsmangel am Ort:

1875	45,1 pCt.
1876	41,7 "
1877	36,9 "

der dortigen Arbeiter ihrer Ansprüche an die städtische Krankenkasse verlustig gingen, weil sie aus Mangel an Einnahmen ihre Beiträge für die Kasse nicht weiter zahlen konnten.

Die hier nachgewiesenen Schwächen der neuen, durch Reichsgesetz begründeten Hilfskassen sind für diejenigen, welche nach wie vor der Möglichkeit des Gedeihens der aus England übertragenen Gewerkvereins-Organisation das Wort reden, der Anlaß, einfach die Beseitigung des Gesetzes zu verlangen, während andere, darunter die bekannten Antragsteller im Reichstage, dagegen der Meinung sind, dieses Gesetz, dessen Lückenhaftigkeit die erwähnten Mißstände verursacht hat, in geeigneter Weise verbessern zu sollen. Die Freunde der letzteren Richtung, zu welchen auch wir uns zählen, gehen zunächst wohl von der Ansicht aus, daß in erster Linie die örtliche Beschränkung der Kassen, durch welche dem Gedeihen derselben die größten Hemmnisse entgegengestellt sind, weggeräumt werden muß.

Drängte die durch Benutzung der Dampfkraft, durch das moderne Verkehrsleben geschaffene große Beweglichkeit aller Menschen dazu, den Begriff des Unterstützungswohnsitzes auf das Prinzip der Freizügigkeit zu stellen, so wird es nicht ausbleiben können, daß auch das Arbeiterversicherungswesen, welches durch den lokalen Charakter des Versicherungszwanges, wie wir eben sahen, wirkungslos geblieben ist, auf erweiterter Grundlage seine Fortentwicklung finden muß.

Nachdem der alte Begriff der Heimath, welcher dem Prinzip der korporativen Abhängigkeit entstammte, hinfällig wurde, mußten auch die Aufgaben der Armenpflege auf größere Verbände übertragen, muß auch der Nutzen und das Gedeihen des Arbeiterversicherungswesens, durch welches der Arbeiter von dem demoralisirenden Einflusse der öffentlichen und privaten Armenunterstützung befreit werden soll, durch entsprechende, weitere Kreise verbindende Organisationen ermöglicht werden.

Lassen Sie uns in einer kurzen Betrachtung zunächst auf die Anschauungen derjenigen zurückgehen, welche, der Gewerkevereinsbewegung den Vorzug gebend, den durch die neue Gesetz-

gebung vorgezeichneten Weg unter keinen Umständen betreten zu können glauben.

Die Großartigkeit der Erscheinung, wie sie die Organisation der Gewerkvereine in England darbietet, ist für Jedermann in die Augen springend.

In allen Schichten des englischen Volkes ist seit lange ein richtiges Verständniß vorhanden für die Nothwendigkeit, die geistigen und die körperlichen Kräfte des Menschen in einem richtigen Gleichgewichte zu einander zu erhalten. In keinem anderen Staate sind nationale Spiele, durch welche der Körper gestählt, der Muth und die Kraft des Menschen gehoben werden, bei öffentlichen Lustbarkeiten so sehr in den Vordergrund getreten, wie in England. Daß diese Neigungen der Förderung des korporativen Sinnes in der Bevölkerung sehr zu Statte gekommen sind, daß die auf diese Weise ausgebildete Tüchtigkeit, Gesundheit und Kraft des Einzelnen zu der Fähigkeit der Engländer, ihre Herrschaft über alle Theile der Welt auszudehnen, wesentlich beigetragen hat, liegt auf der Hand.

Abirrungen überwinden sich mit Hilfe solcher Naturen rascher und leichter. So kam auch nach der kurzen, aber heftigen Bewegung der Chartisten, von welcher wir im Eingange schon gesprochen haben, der gesunde Sinn der Bevölkerung bald wieder oben auf.

In den 30er Jahren rotteten sich große Massen von Arbeitern, welche sich Chartisten nannten, zusammen, um die von ihnen aufgestellte Charte, in welcher in erster Linie das Verlangen nach dem allgemeinen Wahlrechte ausgesprochen war, im Parlamente durch Androhung von Gewaltmitteln durchzusetzen.

In einzelnen Orten folgte die That der Drohung zu rasch. Die Führer, welche zumeist dem Arbeiterstande nicht angehörten, hetzten die Leute zu frühe in blutige Aufstände hinein, wodurch indessen die Bewegung um so rascher zu ihrem Ende gelangte. Wenn sich auch die ersteren an den blutigen Kämpfen, welche sie angezettelt hatten, im Interesse der Klugheit und aus

Nücksicht für ihr eigenes Leben nicht in bemerkenswerther Weise betheiligt hatten, man griff sie heraus und verurtheilte sie in die Verbannung.

In den Kreisen des Arbeiterstandes trat eine rasche Ernüchterung ein. Man hielt Einker und lenkte aus freier Wahl die Bewegung in diejenigen Bahnen zurück, auf welchen schon in früherer Zeit die ersten Anfänge zu der Gründung von starken, die Selbstständigkeit der Arbeiter fördernden Gewerks- und Versicherungsverbänden gewonnen worden waren. Heute bilden die Gewerksvereine einen großen nationalen Hauptverein, dessen Zweigvereine über das ganze vereinigte Königreich ausgebreitet sind.

Jedes Mitglied trägt sein Anrecht an das Unterstützungs- und Versicherungswesen des Vereins auf seinen Wanderungen durch das Land in jedes neue Domizil mit sich hinein. Alle Beiträge sind Eigenthum des nationalen Vereins. Sechsmonatlich oder jährlich wird das Gesamtvermögen auf den Kopf aller Mitglieder festgestellt und gleichmäßig unter die Vereine im Verhältniß zu deren Mitgliederzahl vertheilt.

Die Vereine versichern gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität, für das Begräbniß. Die Beiträge beziffern sich pro Kopf und Woche auf einen Schilling und fließen in die eine Kasse, aus welcher alle Unkosten und fälligen Beträge bezahlt werden müssen.

Charakteristisch für die Organisation ist die strenge Zentralisation, der Despotismus, mit welchem die Mitglieder der Vereine nach den jeweiligen Interessen des Hauptvereins geleitet werden.

Hier haben wir also die volle Freiwilligkeit, das nach allen Richtungen hin durchgebildete Prinzip der Selbsthilfe vor uns, eine Organisation, durch welche dem Arbeiterstande Schutz und Macht verliehen ist. — Die letztere hat sich viele Jahre hindurch als stark genug erwiesen, das wirtschaftliche Gesetz „des Angebotes und der Nachfrage“ in Bezug auf die benötigten

oder angebotenen Arbeitskräfte zu regeln, auf die Höhe der Löhne und die Dauer der Arbeitszeit in den Fabriken einzuwirken.

Zwei Berliner Arbeiterfreunde, angeregt durch diese vorübergehenden Erfolge — auf die Schattenseite der Gewerkevereinsorganisation werden wir Veranlassung haben, noch hinzuweisen — stellten sich Ende der 60er Jahre vor die schwere Aufgabe, den auf englischem Boden gereiften Samen nach Deutschland zu verpflanzen. Zu sehr mit der Veredelung der jungen Pflanze beschäftigt, schnitt man ihr in Deutschland die mächtigsten Saugwurzeln weg und da sie in Folge dessen nicht mehr recht gedeihen wollte, glaubte man dieselbe auch vor Sturm und Wind, wie er über das freie Land weht, durch Einpflanzung in den Ziergarten der preussischen Fortschrittspartei behüten zu müssen.

Gelingt uns der Nachweis, daß die mit einem mächtigen Walde zu vergleichende Organisation der englischen Gewerkevereine bei Wind und Wetter nicht Stand halten konnte, so bedarf es eines besonderen Hinweises nicht, daß wir unserem deutschen Arbeiterstande, der anders geartet ist, als der englische und unter anderen Bedingungen lebt, wie jener, nicht zumuthen können, unter dem kraftlosen Laube einer aus fremder Gegend stammenden Treibhauspflanze Schutz zu suchen. —

Das ganze System der englischen Gewerkevereine beruht auf der Annahme, daß die Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber sich entgegenstehende seien, daß jeder Theil ohne Rücksicht auf den anderen den Kampf um das Dasein zu führen hätte und mit Erfolg gewinnen könne, bei nur einiger Ausdauer.

Als dieser Gedanke in das Programm der englischen Versicherungsverbände Aufnahme gefunden hatte, verwandelten sich dieselben aus Unterstützungsvereinen in Verbindungen, welche den Kampf gegen die Arbeitgeber auf ihre Fahne schrieben.

Der einen großen Kasse des Vereines wurden gewaltige Aufgaben zugewiesen. Sie mußte neben den Unterstützungen bei Krankheit, Invalidität und Tod nunmehr auch Geschenke für

die Dauer großer Arbeitseinstellungen (strikes) oder Arbeiter-aussperrungen (lockouts) gewähren.

Hatte sich diese Zusammenfassung der Mittel in den Zeiten des geschäftlichen Aufschwunges bewährt, repräsentirte unter solchen Verhältnissen diese Art der Verwendung der Gelder sogar die starke Seite des Verbandes, so drehte sich das Blatt um so rascher in den Tagen der geschäftlichen Noth, welche die durch das endlose Andrängen der Arbeiter aufgereizten Arbeitgeber dann ihrerseits zur Anbahnung umfassender Lohnreduktionen mit Hilfe von Aussperrungen benutzten. Willenlos wird der einzelne Arbeiter in dieses nie rastende Gewoge des Kampfes hineingezogen; fügt er sich dem strengen Willen der Führer nicht in allen Dingen, so wird er ausgestoßen und verliert auf diese Weise sein durch vieljährige Einzahlungen erworbenes Anrecht auf Unterstützung.

Hier ist also weder von Gerechtigkeit noch von Sicherheit für alle Fälle der Noth die Rede.

Die Rezepte des englischen Vorbildes haben sich nicht als das endgiltige Heilmittel bewährt. Die starke Dosis von aufreizenden Mitteln, welche demselben beigemischt ist, hat vielmehr die feine Organisation des industriellen Lebens in England auf das Schwerste erschüttert.

Das einseitige und unaufhörliche Herbeistreiten von höheren Löhnen hat den berechtigten Unternehmergewinn der Fabrikanten in vielen Fällen gänzlich verzehrt oder aber doch mindestens auf ein so geringes Maß heruntergedrückt, daß der für das Aufblühen des Geschäftes nothwendige Zufluß von Kapital gestört werden oder aber der Einzelunternehmer durch die ungünstige und ungerechte Vertheilung der Chancen sich zum Verkauf seines Geschäftes an eine Aktiengesellschaft veranlaßt sehen mußte.

Zu beiden Fällen folgte der sichere Schaden dem Beginnen der Arbeiter auf dem Fuße nach.

Die billiger produzierende Industrie des Auslandes überholte den geschwächten Unternehmer des Inlandes und die an

die Stelle des Einzelunternehmers getretenen Aktiengesellschaften, welchen das Gefühl der Verantwortlichkeit in Bezug auf das Anpassen der Produktion an die Bedürfnisse des Konsums aus leicht begreiflichen Gründen nicht in dem nöthigen Maße inne wohnt, trugen ihrerseits dazu bei, das Eintreten der Krisis zu beschleunigen und deren verheerende Wirkung zu vermehren.

Kein anderes Land leidet in ähnlicher Weise unter dem Drucke der gegenwärtigen Krisis wie England.

Der Nothstand der Arbeiter ist dort bereits eine öffentliche Kalamität geworden. Dieselbe wird nicht unwesentlich vermehrt durch das gewaltsame Eingreifen der durch frühere Erfolge verwöhnten, in despotischer Weise regierten Gewerkvereine, welche sich der falschen Hoffnung hingeben, daß ihre Macht ausreichen müsse, die Löhne auch während der Krisis auf der Höhe halten zu können, auf welche man sie künstlich hinaufgeschraubt hatte.

Anstatt, daß man die Gewerkvereinskassen in der jetzigen schweren Zeit dem Unterstützungs- und Versicherungswesen dienstbar macht, verschwendet man den Inhalt derselben für nutzlose Strikes, deren Zahl sich im Jahre 1878 noch wesentlich gegen die Vorjahre vermehrt hatte.

Im Jahre 1877 betrug die Zahl der im Vereinigten Königreiche stattgehabten Arbeitseinstellungen 181, im abgelauenen Jahre 1878 dagegen nicht weniger als 277.

Es ist nicht nöthig, darauf hinzuweisen, welche Unzahl von vernichteten Existenzen, verlorenen Arbeitslöhnen, von zerstörtem Familienglück diese Ziffern repräsentiren.

Läßt sich aus den vorhergehenden Ausführungen mit ziemlicher Sicherheit der Schluß ziehen, daß die Vereinigung der Unterstützungs- mit den Strikerklassen die Leistungsfähigkeit der ersteren für die nöthige Fürsorge in Fällen von Krankheit, Invalidität und Tod hinfällig machen muß, dann auch die Aufstellung jeder auch nur annähernd sicheren Basis für die, dem Versicherungswesen nothwendigen Wahrscheinlichkeitsberechnungen verhindert, so ergibt sich zugleich hieraus das positive

Resultat, daß ähnliche Organisationen in Deutschland dem Bedürfnisse nicht entsprechen können, für dessen Befriedigung wir hier plaidiren.

Aus diesen Gründen hat man bei Uebertragung der Gewerkevereinseinrichtung nach Deutschland auch von Hause aus die Trennung des Rassenwesens eingeführt, hierdurch aber dem Gewerkevereinswesen, wie wir vorhin schon andeuteten, die nöthigen Saugwurzeln abgeschnitten, daselbe der Kraft beraubt, durch welche die englische Entwicklung so rasch und mächtig gefördert wurde.

In England fehlt es den Rassen an der rechnerischen Grundlage, es mangelt ihnen deshalb die Sicherheit der Existenz; in Zeiten des Kampfes werden dieselben in unerwartet rascher Weise dem vernichtenden Bankerotte entgegengeführt.

In Deutschland schwächt die Rassentrennung die für den Kampf unentbehrliche Macht, die Arbeiter finden deshalb keinen Anreiz in diese Vereinigungen einzutreten, die Zahl der Beteiligten ist aus diesem Grunde zu gering und in Folge dessen die Zahlungsfähigkeit der Rassen in gleichem Maße gefährdet.

Ein sprechendes Beispiel für die Richtigkeit dieser letzteren Behauptung liefert die Thatsache, daß die Invalidenkasse der deutschen Gewerkevereine, deren Grundlage von einem Sachverständigen als eine sichernde nachgewiesen sein sollte, durch einen plötzlich nothwendig gewordenen späteren Zuschlag von 50 pCt. der Beiträge gegen die bevorstehende Insolvenz geschützt werden mußte. Jener Sachverständige, welcher bei dieser Gelegenheit in der Presse angegriffen wurde, suchte sich in einem seinerseits angestregten Prozesse von diesem Vorwurfe zu reinigen, gab aber gerade durch dieses Vorgehen den Anlaß, daß ausführliche, von dem Gerichte geforderte Gutachten in die Oeffentlichkeit gelangten, durch welche die Unsicherheit der Grundlage dieser Rassen erst recht nachgewiesen worden ist.

Versuchten wir in dem ersten Theile dieser Abhandlung den Nachweis zu liefern, daß die freiwillige Armenpflege Jahrhunderte hindurch zu keinen positiven Leistungen gelangen konnte, so lehrte die alsdann geschilderte Entwicklung der Geschichte der englischen und deutschen Gewerkvereine, daß selbst durch die Macht großer korporativer Verbände dem Prinzip der Freiwilligkeit, der Selbsthilfe auf diesem Gebiete keine die Interessen der Arbeiter und des Staates sichernde Festigkeit und Dauer verliehen werden kann, daß demnach das in die Gesetzgebung des Reiches eingeführte Prinzip des Versicherungszwanges umso mehr den Vorzug verdient, als es zugleich denjenigen Grundsätzen entspricht, welche das preussische Landrecht für den Norden und die bayerische Gesetzgebung (Sozialgesetzgebung vom Jahre 1869) im Süden des Reiches für die Aufgaben der Armenpflege als maßgebend aufgestellt hat. Das Fundament zu dem großen Gebäude, in welchem die Arbeiter in Fällen der Noth und Armuth, Schutz und Obdach finden sollen, ist demnach hergerichtet, zögernd aber stehen die Baumeister jetzt vor der Frage, auf welche Weise bei dem ferneren Ausbau diejenige Festigkeit erreicht werden kann, die für die Aufrichtung des schützenden Daches in gebieterischer Weise verlangt werden muß.

Wir sind der Ansicht, daß der Styl, wie er nun einmal als für den deutschen Himmel, für deutsche Ansprüche am besten passend ausgewählt ist, in consequenter, den einzelnen Bedürfnissen entsprechender Weise durchgebildet werden muß.

Für die Fortentwicklung des Versicherungswesens gegen die durch Krankheit verursachten Einbußen genügen die in dem Gesetze vom Jahre 1876 niedergelegten Gesichtspunkte und Vorschriften, welche letztere nur der consequenten Durchführung bedürfen.

In diesem Gesetze ist die Anregung für die Begründung von größeren Versicherungsverbänden gegeben. Dieselbe muß durch das Herbeiführen von Kartellverhältnissen zwischen den einzelnen Klassen verwirklicht werden.

Aufgabe der Gesetzgebung wird es sein, die für die Erreichung

dieses Zieles nöthigen Mittel und Wege aufzusuchen. Der ernsten Pflicht, welche Arbeitgebern und Arbeitern durch den Rassenzwang auferlegt ist, müssen stehende, von lokalen Beschränkungen frei zu machende Rechte gegenübergestellt werden, wenn in einer nur annähernden Weise der in das Auge gefaßte hohe Zweck erreicht werden soll.

Was nun aber die hier näher in Betracht zu ziehende Frage der Invaliditäts-Versicherung anbelangt, so werden die weiteren Ausführungen, besonders diejenigen, welche sich mit der Frage der Organisation solcher Rassen zu beschäftigen haben werden, keinen Zweifel darüber offen lassen können, daß es sich hier um besondere Bedürfnisse und Ansprüche handelt, bei welchen die mathematische Grundlage der Berechnung einer größeren Rücksichtnahme bedarf, als die Frage, ob das Prinzip des Rassenzwanges vor demjenigen der Zwangskasse den Vorzug verdiene.

Da uns Versicherungskassen für die wohlhabenden Klassen hier nicht weiter beschäftigen können, so dürfen wir mit Recht darauf hinweisen, daß dauernde Grundlagen für ein solides Invaliden-, Wittwen- und Waisen-Versicherungskassenwesen zu Gunsten desjenigen Theiles der Bevölkerung, welcher nur über beschränkte oder begrenzte Einkommen zu verfügen hat, nur unter Beihilfe des Staates gewonnen werden konnten.

Als nahe liegende Beispiele erwähnen wir in erster Linie die Versicherungskassen der Beamten und die Zwangskassen der Knappschaftsvereine, welche letztere mit Recht als der naturgemäße Ausgangspunkt für die Betrachtung über Arbeiter-Invalidenkassen angesehen werden mußten, zählten doch die preussischen Knappschaftskassen im Jahre 1876 263 688 Personen zu ihren Mitgliedern.

Von Interesse für die Beurtheilung der hier behandelten Frage wird deshalb auch die Einreihung einiger Mittheilungen aus dem uns vorliegenden Verwaltungsberichte des Halberstädter Knappschaftsvereins über dessen Thätigkeit in den letzten zwanzig Jahren sein.

Dieser Verein zog nach und nach die Angestellten von 56 großen Werken mit 13 582 Versicherten in seinen Bereich, darunter 5423 Männer, 7042 Frauen und Kinder, 268 Invaliden, 245 Wittwen, 604 Waisen. Er beschäftigt 24 Aerzte und besitzt heute einen Reservefonds von 556 942 Mark.

Die Kasse gewährt den Männern, deren Frauen und Kindern (unter 14 Jahren) die Möglichkeit der Versicherung für den Bezug von:

- 1) freier Kur und Medizin,
- 2) Krankengeld,
- 3) Invalidenpensionen nach dem Dienstalter,
- 4) Wittwenpensionen nach dem Dienstalter des Mannes,
- 5) Erziehungsbeihilfe für jedes unter 14 Jahren alte Kind eines Invaliden und Waise,
- 6) Begräbniskosten.

Die Werksbesitzer zahlen die Hälfte der Beiträge ihrer Angestellten und Arbeiter.

Von nicht zu unterschätzendem Werthe ist der, wenn auch noch in schüchterner Weise von dem Vorstande der Kasse gemachte Versuch, denjenigen Bedürfnissen entgegenkommen zu wollen, welche durch die unbegrenzte Freiheit im Verkehre der Arbeiter hervorgerufen sind. Den Mitgliedern kann nämlich ein dreijähriger Urlaub unter Beibehaltung der Kassenrechte und Pflichten, solchen, welche eine zehnjährige Dienstzeit hinter sich haben und deren Austritt nicht durch besondere, für sie gravirende, in den Statuten vorgesehenen Anlässe verursacht wird, eine dauernde aktive Zugehörigkeit zur Kasse gewährt werden.

Auf die von ähnlichen Erfolgen begleiteten Einrichtungen anderer Knappschaftsvereine, der Versicherungskassen der Staatsbeamten, der Eisenbahnangestellten noch weiter hinzuweisen, erscheint uns ebenso überflüssig, als auf die schon nach verschiedenen Richtungen hin erörterte Thatsache weiter eingehen zu sollen, daß wir uns in Bezug auf das Arbeiterversicherungs- wesen heute noch auf halbem Wege befinden.

Der in dem Reichstag neuerdings wieder eingebrachte Stumm'sche Antrag:

„den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage
„einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher auf die Ein-
„führung obligatorischer, nach dem Muster der berg-
„männischen Knappschaftsvereine zu bildenden Altersver-
„sorgungs- und Invalidentassen für alle Fabrikarbeiter
„gerichtet ist“,

gibt die Anregung zu einem weiteren Schritte nach vorwärts. Mit Recht beschränkt sich derselbe vorläufig auf die Frage der Versicherung für die Invalidität und Altersversorgung der Arbeiter, um Schritt für Schritt in der schwierigen Ordnung dieser Verhältnisse vorandringen zu können.

Daß mächtige Regierungen diesem Antrage im Bundesrath eine freundliche Aufnahme bereiten werden, dafür bürgt der jüngste Erlass des preussischen Handelsministers, durch welchen neuerdings die Einrichtung einer Zwangs-Invalidentasse für die Angestellten der preussischen Staatsbahnen angeordnet worden ist.

Zu wünschen und zu hoffen ist, daß sich auch der deutsche Reichstag auf dem einmal betretenen Wege nach vorwärts hin weiter bewegen wird.

Bei dem tieferen Eindringen in das zahlenmäßige Material, in die Detailfragen der Organisation werden sich zwei Richtungen für die mögliche Realisirung des Planes eröffnen. Die eine führt zu einer Organisation der Verbände nach Gewerben, die andere zu einem Zusammenfassen aller Gewerbe und ihrer Zugehörigen nach Provinzen und Staaten hin.

Die erstere Form, von dem Vergasseffor Hiltrop vorgeschlagen, würde den Vortheil für sich haben, daß, neben der Handhabung der Versicherungsinteressen der Genossen, solche Verbände das Verhältniß zwischen den zugehörigen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu einem vertrauensvolleren gestalten könnten,

daß sie zugleich das Angebot und die Nachfrage nach Arbeit bis zu einem gewissen Grade zu regeln und auszugleichen im Stande wären.

Mit Hilfe der letzteren Form würden Schwierigkeiten beseitigt werden können, welche durch den Uebertritt der Betheiligten aus einem Gewerbe in ein anderes für das Rechnungswesen der Kasse nothwendigerweise entstehen müßten.

Ueber die Möglichkeit der Einrichtung und die Durchführbarkeit der Verwaltung solcher Arbeiter=Invalidentassen haben sich in allerletzter Zeit verschiedene fachwissenschaftliche Zeitschriften ausführlich ausgesprochen und dieselbe zugestanden.

Die in Leipzig erscheinende *Saaki'sche* Zeitschrift für das Versicherungswesen veröffentlichte in den Nummern 33, 34 und 35 des Jahres 1878 eine sehr lezenswerthe Abhandlung über ähnliche, nur in Bezug auf die gestellten Aufgaben weitergehende Projekte und kommt zu dem nachfolgenden Schluß:

„Die Organisation solcher Rassen besteht darin, daß
„eine Generaldirektion die Zentralleitung in die Hand
„nimmt, dieser sind Spezialdirektionen für je einen deutschen
„Staat, resp. für je eine preußische Provinz zu unter=
„stellen, und diese haben, wo nöthig, ihre Kreis= mindestens
„aber ihre Ortsvertretungen. Die Orts= resp. die Kreis=
„vertretungen haben den direkten Verkehr mit den Mit=
„gliedern, sie nehmen die schriftlichen Aufnahmeanträge
„entgegen, resp. veranlassen deren Ausfertigung, senden
„dieselben an die Spezialdirektion, welche sie prüft, in
„ihre Register einträgt und demnächst an die General=
„Direktion weiter befördert, und hier werden nach sorg=
„fältiger Nachprüfung und Annahmeerklärung der Anträge,
„die Mitgliedscheine oder =Bücher (Polizen) auszufertigt,
„welche auf dem gleichen Wege, durch die Spezialdirektion
„und Kreisvertretung an die Versicherten gelangen, hier,
„bei der Generaldirektion, werden die sämmtlichen laufenden
„Beitragsquittungen auszufertigt, deren Beträge durch die

„Preis= resp. Ortsvertretungen von den Mitgliedern ein-
„gezogen werden. Die Generaldirektion, von welcher alles
„ausgeht, und bei der alles wieder zusammenfließt, hat
„allein die Kontrolle über die Werthberechnungen der
„einzelnen Mitgliedschaften, von hier finden die Reserve-
„berechnungen und die zinsbare Anlegung der Gelder
„statt, kurzum sie leitet das Ganze nach der Weise,
„wie eine solche Anstalt fachkundig geleitet werden muß.

„In dieser Weise sind sämtliche Arbeiter eines
„deutschen Staates oder einer preussischen Provinz unter
„einer Spezialdirektion vereinigt, gleichviel welchen Berufs-
„zweigen sie angehören und gehen nur auf eine andere
„Spezialdirektion über, wenn sie ihr Domizil in einen
„anderen deutschen Bundesstaat oder in eine andere preussische
„Provinz verlegen. Aber auch eine solche Verlegung kann
„auf das Rechnungswesen in keiner Weise einwirken, weil
„allein fortgesetzt bei der Generaldirektion die Reserven
„und Gewinnanttheile berechnet, und hier die Beitrags-
„quittungen ausgeschrieben werden.

„Tritt nun ein Krankheitsfall bei einem Mitgliede
„ein, so ist dies unter Beifügung eines ärztlichen Attestes
„sofort an den Ortsvertreter zu melden, und dieser zahlt
„auf Anweisung der Spezialdirektion die Krankengelder
„auf die Dauer der Krankheit, und überwacht stets den
„Fall, damit nicht Krankengeld für eine Zeit erhoben wird,
„wo bereits wieder Arbeitsfähigkeit vorlag. Ebenso ist
„bei einem Todesfalle zu verfahren; tritt ein solcher ein,
„so erfolgt die Zahlung auf Grund des eingereichten amt-
„lichen Todesscheins und event. eines ärztlichen Berichts
„über die letzte Krankheit und Todesursache sofort auf
„Anweisung der Spezialdirektion durch den Ortsvertreter,
„der aber auch bereits vor Eintreffen der Zahlungs-
„anweisung einen Vorschuß darauf leisten kann. Auch
„über die Frage der Pensionsgewährung würde die Spezial-

„direktion zu entscheiden haben, wenn die Arbeitsunfähigkeit durch Eintritt des Alters bedingt ist, dagegen würde „auf den Bericht der Spezialdirektion die Generaldirektion „entscheiden, wenn der Pensionsanspruch vor Eintritt des „bestimmten Alters erhoben und durch Unglücksfall begründet wird, weil dabei häufig Regreßansprüche vorliegen, die zu verfolgen sind.“

Ferner verweisen wir auf den Inhalt einer im Jahre 1863 erschienenen Schrift des auf dem Gebiete des Versicherungswesens als Autorität anerkannten Herrn Dr. Karl Heym: „Die Kranken- und Invalidenversicherung, zum Gebrauche bei Errichtung von Kranken- und Invalidenkassen,“ aus welcher die erfreuliche Thatsache ersichtlich ist, daß schon zu jener Zeit genügendes, aus englischen, französischen und deutschen Quellen gesammeltes statistisches Material vorhanden war, aus welchem ausreichende Anhaltspunkte für die Berechnung der Prämien für Invalidenrenten gefunden werden könnten.

In einem Punkte treffen die Urtheile aller wissenschaftlichen Sachverständigen jeweils zusammen, nämlich in der Voraussetzung, daß die massenhafte Betheiligung als die einzig sichere Grundlage für das Gedeihen von Arbeiter-Invalidenkassen angesehen werden muß.

Die Großartigkeit der Organisation, welche dem Unternehmen zu Grunde liegen muß, darf also nicht, wie es in vielen Fällen geschieht, die Ursache für eine ablehnende Haltung in dieser Sache sein, es entsprechen vielmehr, wie wir sehen, die durch das große Unternehmen begründeten Forderungen nach allen Richtungen hin den nicht zu umgehenden Ansprüchen der Wissenschaft.

Die Unsicherheit der bestehenden, zu eng begrenzten Kassen liefert den deutlichsten Beweis dafür, daß das Versicherungswesen in gebieterischer Weise die Rücksichtnahme auf diese Ansprüche fordert.

Auch die Erfahrungen des Auslandes weisen uns auf den Weg der großen Organisationen hin.

Frankreich besitzt drei große Staatsanstalten für solche Zwecke: Eine im Jahre 1850 gegründete Altersversorgungskasse mit 2 380 187 Mitgliedern, eine Versicherungskasse für Todesfälle und eine solche gegen Unfälle, deren Verwaltungen der Staat ohne Entgelt leitet.

In der Vorbetrachtung hatten wir uns die Aufgabe gestellt, nachzuweisen, daß weder die freiwillige Armenpflege, noch die durch korporative Verbände getragene Kraft der Selbsthilfe, noch das Reichsgesetz vom Jahre 1876, welches sich nur auf die Versicherung gegen Krankheitsfälle bezieht, die begründeten Forderungen der durch die ungerechte Vertheilung der Armenlasten schwer geschädigten Gemeinden, noch diejenigen der Arbeiter, für welche eine, ihre Zukunft sichernde, durch gesetzliche Normativbestimmungen fest begründete, erweiterte Organisation des Versicherungswesens ein dringendes Bedürfnis ist, befriedigen können.

Es ist deßhalb auf das Lebhafteste zu wünschen, daß dem Stumm'schen Antrage Folge gegeben werden wird.

Wenn auch durch die Verwirklichung der in demselben angeregten und in Vorschlag gebrachten neuen Einrichtungen das mit dem Menschendasein leider so enge verbundene Auftreten von Noth und Armuth nicht vollständig beseitigt werden kann, so wird auf diese Weise doch an die Lösung der großen Aufgabe: die durch unverschuldete Armuth hervorgerufenen Leiden auf das niedrigste Maß reduzieren zu wollen, nach Kräften herangetreten.

Die Beiträge der Arbeiter werden mit Hilfe der, durch die Großartigkeit der Organisation zu ermöglichenden Ersparnisse in der Verwaltung, der Massenhaftigkeit der zu zahlenden Prämien, der Heranziehung der Arbeitgeberbeiträge und durch den sich in dem

Versicherungswesen ergebenden Gewinn, nach wenigen Jahren auf so mäßige Beträge beziffert werden können, daß eine Ausdehnung der Aufgaben dieser Arbeiter-Invalidentassen auf verwandte Gebiete in den Bereich der Möglichkeit zu ziehen sein wird.

Verwirklicht sich der Gedanke, welcher bei der Verathung über die Verwendung der Wilhelmspende kürzlich in Anregung gebracht worden ist, daß nämlich mit Hilfe der als Zeichen unwandelbarer Treue gestifteten Gaben ein der Förderung des Arbeiterversicherungswesens dienstbar zu machendes Zentralamt geschaffen werden soll, so würde den gesetzgebenden Faktoren durch Vorarbeiten, welche einem solchen Amte aufzubürden wären, eine Erleichterung in der Lösung der schwierigen Aufgaben gewährt werden können.

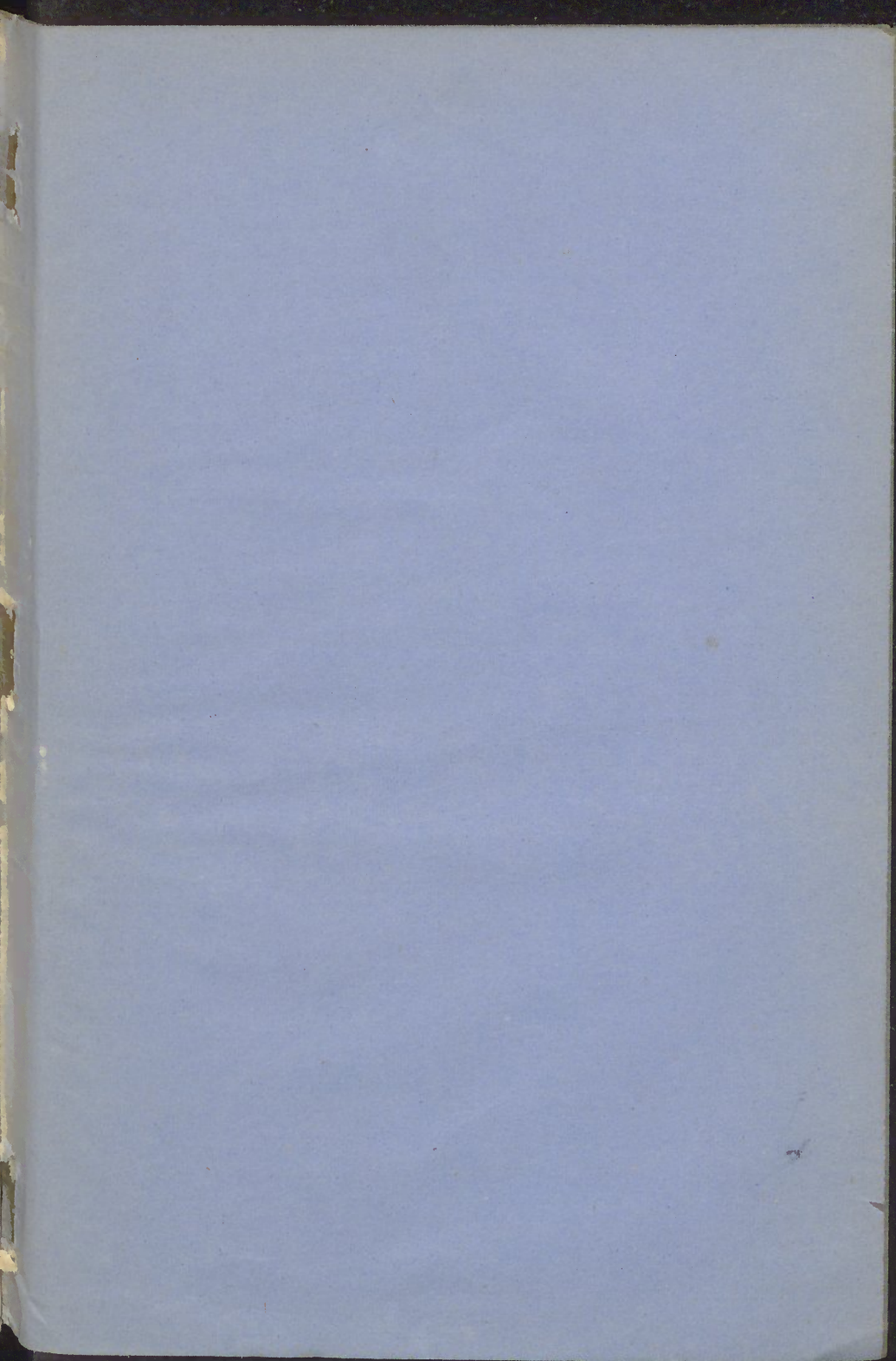
Der Name unseres allgeliebten Kaisers würde auf diese Weise alsdann für alle Zeiten mit Wohlfahrtseinrichtungen in Verbindung gebracht worden sein, welche auch der kleinen Minderzahl derjenigen Arbeiter zu gute kommen würden, aus deren, durch eine maßlose Agitation aufgereizten Freisen, diejenigen Verbrecher emporgewachsen sind, deren verabscheuungswürdige Thaten stets an die Tage des schwersten Schmerzes mahnen werden, welche die deutsche Nation seit der Wiederaufrichtung des Reiches zu ertragen hatte.

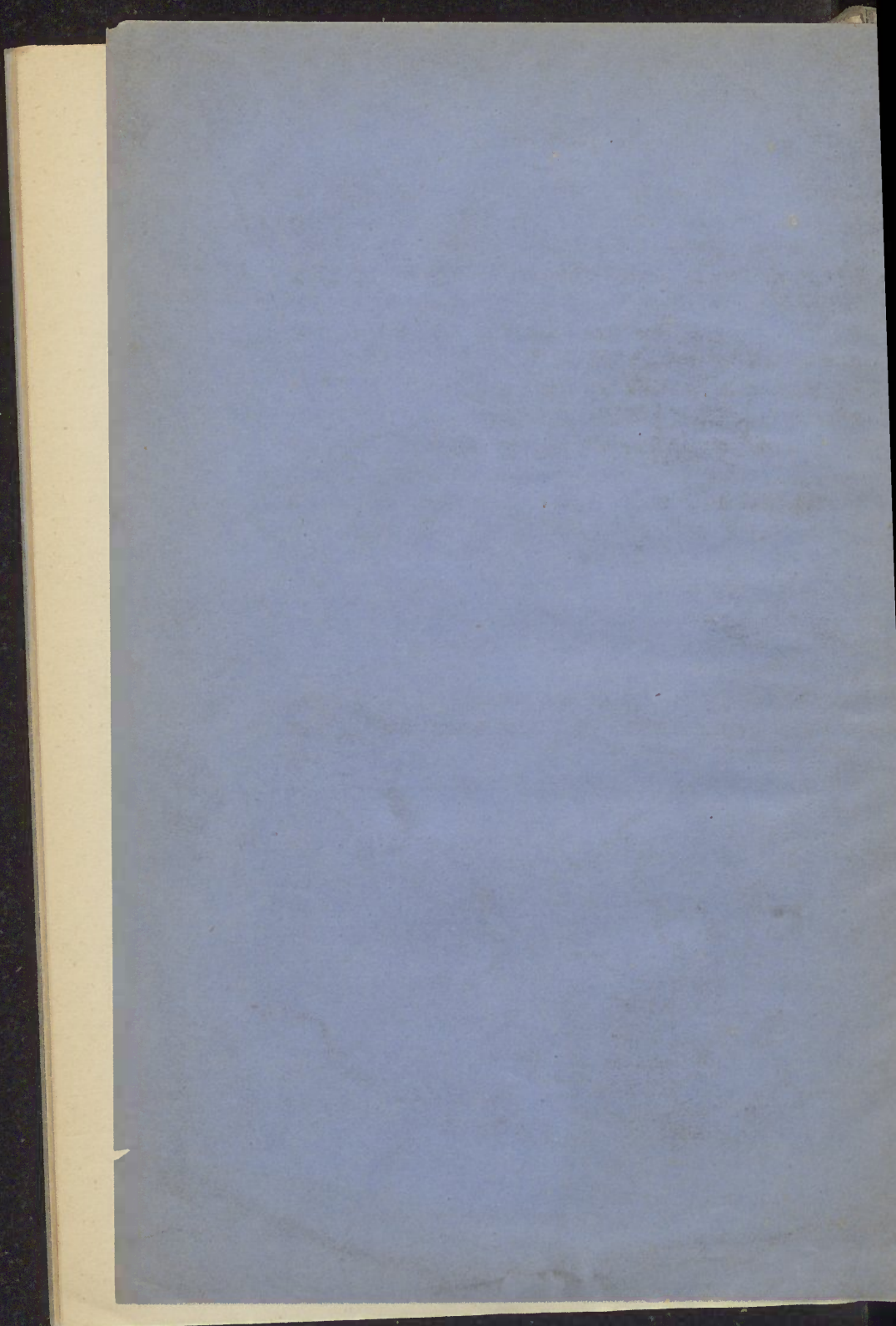


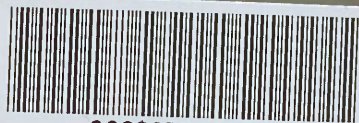
Die vorliegende Schrift ist eine Fortsetzung der von dem Verfasser
im Jahre 1847 veröffentlichten Schrift: „Ueber die Natur und
Entstehung der Geldvermehrung“. In der vorliegenden Schrift
wird die Frage behandelt, inwiefern die Geldvermehrung
mit der Vermehrung der Güter zusammenhängt, und welche
Einflüsse die Geldvermehrung auf die Güterpreise hat.
Der Verfasser zeigt, dass die Geldvermehrung nicht
unbedingt mit der Vermehrung der Güter zusammenhängt,
sondern dass sie auch durch andere Ursachen bedingt
werden kann. Er untersucht die verschiedenen Ursachen
der Geldvermehrung, wie die Entdeckung neuer
Geldmetalle, die Verbesserung der Geldvermehrung
durch die Kunst, und die Vermehrung der Geldmenge
durch die Bank. Er zeigt, dass die Geldvermehrung
in der Regel mit der Vermehrung der Güter zusammenhängt,
dass sie aber auch durch andere Ursachen bedingt
werden kann. Er untersucht die verschiedenen Ursachen
der Geldvermehrung, wie die Entdeckung neuer
Geldmetalle, die Verbesserung der Geldvermehrung
durch die Kunst, und die Vermehrung der Geldmenge
durch die Bank. Er zeigt, dass die Geldvermehrung
in der Regel mit der Vermehrung der Güter zusammenhängt,
dass sie aber auch durch andere Ursachen bedingt
werden kann.

Druck von Neblau & Waldschmidt. Frankfurt a. M.

Die vorliegende Schrift ist eine Fortsetzung der von dem Verfasser
im Jahre 1847 veröffentlichten Schrift: „Ueber die Natur und
Entstehung der Geldvermehrung“. In der vorliegenden Schrift
wird die Frage behandelt, inwiefern die Geldvermehrung
mit der Vermehrung der Güter zusammenhängt, und welche
Einflüsse die Geldvermehrung auf die Güterpreise hat.
Der Verfasser zeigt, dass die Geldvermehrung nicht
unbedingt mit der Vermehrung der Güter zusammenhängt,
sondern dass sie auch durch andere Ursachen bedingt
werden kann. Er untersucht die verschiedenen Ursachen
der Geldvermehrung, wie die Entdeckung neuer
Geldmetalle, die Verbesserung der Geldvermehrung
durch die Kunst, und die Vermehrung der Geldmenge
durch die Bank. Er zeigt, dass die Geldvermehrung
in der Regel mit der Vermehrung der Güter zusammenhängt,
dass sie aber auch durch andere Ursachen bedingt
werden kann.







206\$07960581